

FDP Landesverband Bremen, Sandstraße 2, 28195 Bremen

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Bremen  
Herrn Lars Müller, Landesvorsitzender  
Breitenweg 12  
28195 Bremen

**FDP-Landesverband Bremen**  
**Dr. Oliver Möllenstädt**  
Landesvorsitzender  
Tel. 04 21 - 222 7 222  
Fax 04 21 - 34 21 45  
bremen@fdp.de  
Sandstraße 2  
28195 Bremen

Bremen, 3. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Müller,

ich freue mich über Ihr Interesse an den Positionen der FDP zur Sozialpolitik. Gerne möchte ich für die FDP Bremen zu ihren Fragen Stellung nehmen.

### **1. Situation für Menschen mit Behinderung**

*Im Land Bremen leben viele Menschen mit Behinderungen. Sie sind trotz mancher Verbesserungen und der Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention in den vergangenen Jahren immer noch der Alltagsdiskriminierung und Erschwernissen ausgesetzt.*

*Dies sind insbesondere architektonischer Hindernisse, sowie manche kulturelle Hindernisse, die eine Integration in die Gesellschaft für die betroffenen Personen schwer machen.*

*Es ist auch eine hohe Zahl arbeitsloser, schwer behinderter Menschen zu verzeichnen, was ein Indiz für die fortdauernde erschwerte Integration behinderter Menschen in den gesellschaftlichen Bereich darstellt. Im Bereich der Mobilität sei auf das Beispiel am Blumenthaler Busbahnhof verwiesen sowie auf die nicht barrierefreien Arztpraxen.*

*Frage: Was werden Sie unternehmen, um die Partizipation der Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessen in Bremen und Bremerhaven zu stärken, zu integrieren und Gehör zu schenken? Wie sieht ihr Aktionsplan zur Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention aus?*

Die FDP steht für Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe in allen Lebensbereichen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben vorantreiben. Ziel ist, wo immer es möglich ist, die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen daher Aktivitäten zur Werkstattvermeidung.

Um Menschen mit Behinderungen die größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, will die FDP Bremen eine systematische und transparente Förderung von Betreuungseinrichtungen und eine Kontrolle der vertraglich zugesicherten Leistung im Sinne von Menschen mit Behinderungen in ihrer Rolle als Kunden erreichen. Außerdem fordern wir einen Landesplan „Wohnen“, in dem alle Angebote dargestellt werden und eine Bedarfsfeststellung und Kostenanalyse umfasst.

Da der öffentliche Raum für alle Menschen da ist, will die FDP die Barrierefreiheit öffentlicher Orte und Gebäude konsequent vorantreiben. Außerdem unterstützen wir modernes E-Government und barrierefreie Internetmedien. Kulturelle, museale, gastronomische und touristische Angebote müssen auch im Hinblick auf Besucherinnen und Besucher mit Behinderungen weiter ausgebaut werden.

## **2. Senioren**

*Der Weg der Rente mit 67 ist eingeschlagen. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Der medizinische Fortschritt ermöglicht es immer mehr Menschen, länger und gesünder zu leben. Gleichzeitig spüren wir den Generationenkonflikt in der Gesellschaft. Dies wird zu einer Ausgrenzung von Menschen im Alter führen.*

*Frage: Welche Einstellung haben Sie zu diesem Thema? Wie wollen Sie der Entsolidarisierung zukünftig entgegenwirken? Welche Maßnahmen ergreifen Sie um die Wohn- und Pflegesituation älterer Menschen im Land Bremen zu verbessern?*

Ziel liberaler Seniorenpolitik ist die Wahrung der Würde und Selbstbestimmung älterer Menschen in jeder Phase ihres Lebensweges. Junge Alte, Ältere und Hochbetagte können mit ihrer Lebenserfahrung, ihren Kompetenzen und ihrem Wissen viel Positives für unsere Gesellschaft beitragen. Damit sich auch Menschen im Alter engagieren können, treten wir für einen Abbau starrer und diskriminierender Altersgrenzen ein. Außerdem wollen wir das betriebliche Altersmanagement ausbauen und weiterentwickeln. Weiterbildungsangebote für die Zielgruppe Senioren müssen entwickelt, bzw. weiterentwickelt werden. Des Weiteren setzen wir uns für eine erhöhte Beteiligung von Senioren am politischen Geschehen ein und fordern die Vertretung von Senioren in Ausschüssen der Bürgerschaft und der Beiräte. Im Bereich Pflege setzen wir uns gegen das bürokratische neue Heimgesetz und für bezahlbare Pflegeplätze ein.

## **3. Frauen/Gleichstellungspolitik**

*Es ist bekannt, dass insbesondere in Bremen hohe Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in erheblichem Umfang bestehen.*

*Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Änderung zu erreichen?*

Die FDP will für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft die Gleichheit der Chancen und Perspektiven in allen Lebenslagen. Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen, bedarf es konkreter Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe folgende Antwort). Der bisher bestrittene Weg Bremens in der Geschlechterpolitik folgt einem überkommenen Frauenbild als Opfer von Geschlechterkonflikten und Diskriminierung. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in allen Bereichen und dementsprechende Angleichung von Entgeltunterschieden.

*Frauen sind in Führungspositionen in der Wirtschaft unverändert unterrepräsentiert. Die so genannte freiwillige Selbstverpflichtung zwischen Arbeitgeberverbänden und Regierung hat keine Änderung erreicht.*

*Frage: Wie ist Ihre Haltung hierzu und welche Änderungsmöglichkeiten sind in ihrem Parteiprogramm vorhanden? Welche Maßnahmen befürworten sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen zu bieten?*

Die FDP unterstützt freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen, sieht sich aber vielmehr in der Pflicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf zu ermöglichen. Die Liberalen sind der Überzeugung, dass sowohl die Firmen, als auch die Frauen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen wollen vorhanden sind, jedoch an den fehlenden Rahmenbedingungen scheitern. Deshalb muss, bevor es eine gesetzliche Verpflichtung überhaupt geben kann, sichergestellt werden, dass Frauen, wenn sie in Führungspositionen gelangen, nicht auf die Familie verzichten müssen. Solange es nicht genügend flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gibt, kann es noch so viele lukrative Positionen in Chefetagen für Frauen geben. Wenn die Familienplanung vorgeht, eine Vereinbarung aber nicht möglich scheint, werden diese Positionen mit Frauen nicht besetzt werden können.

Zum Thema Frauen mit Behinderungen siehe Antwort zu Frage 1.

#### **4. Kinder und Jugend**

*Die Ausbildungssituation für Jugendliche ist Besorgnis erregend. Immer mehr Betriebe bilden weniger aus. Dies betrifft ebenfalls Jugendliche mit Behinderungen.*

*Frage: Was wollen Sie tun um die Ausbildungssituation Jugendlicher und Jugendlicher mit Behinderungen in der Gesellschaft des Landes Bremen weiter voranzutreiben?*

Die FDP unterstützt die beste individuelle Bildung und Förderung für jeden Menschen. Ungeachtet ihres persönlichen Unterstützungsbedarfes steht allen Menschen das gleiche Recht auf individuelle Entwicklung und sozialer Teilhabe zu. Die FDP tritt für einen uneingeschränkten Zugang von Menschen mit körperlichen Behinderungen sowie sonderpädagogischen Förderbedarf zu Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen im Sinne der Inklusion ein. Deshalb setzen wir uns für inklusive Bildungsangebote ein und fordern einen konkreten Zeit-Maßnahmen-Katalog für Inklusion. Dieser beinhaltet zum einen Inklusion in der jeweiligen Schule entsprechend des gewählten Integrationsgrades und zum anderen den stetigen und umfassenden Einsatz von Sonderpädagogen, bzw. Pädagogen für inklusiven Unterricht in Schulen.

#### **5. Gesundheit**

*In der letzten verabschiedeten Gesundheitsreform ist die paritätische Finanzierung der Krankversicherung aufgehoben worden.*

*Frage: Wie ist Ihre Einstellung hierzu und welche Möglichkeiten sehen Sie, hier gegebenenfalls Änderung zu erreichen?*

Als Antwort auf die alternde Bevölkerung, den medizinischen Fortschritt und steigende Lohnzusatzkosten setzt die FDP auf eine zukunftsfeste Finanzierung der Krankenversicherungen. Dabei dürfen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit die Lohnzusatzkosten nicht steigen. Seit Einführung des Aufschlags von 0,9 % für Arbeitnehmer durch Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) verfolgt die Bundesregierung daher eine Abkopplung der Beitragssteigerungen von den Lohnkosten. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hat zur Entlastung der Versicherten erstmals angefangen, auf der Ausgabenseite erfolgreich zu sparen. Die Hohen Kosten für neue Arzneimittel wurden durch festgeschriebene Preisverhandlungen eingeschränkt.

#### **6. Arbeitsmarkt - und Beschäftigungspolitik**

*Langzeitarbeitslosigkeit hat schwerwiegende negative Folgen für die betroffenen Menschen, aber auch für die Gesellschaft. Prekäre Arbeitsverhältnisse sichern häufig nicht die wirt*

*schaftliche Existenz der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und stellen eine existenzsichere Altersversorgung in Frage. Arbeit muss zum Leben reichen. Fast ein Viertel aller abhängig Beschäftigten arbeitet für einen Niedriglohn.*

*Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode die Situation der Betroffenen und der möglicherweise künftig Betroffenen stärken? Was wollen Sie unternehmen, um existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu schaffen? Was unternehmen Sie im Land Bremen gegen den Niedriglohnsektor? Unterstützen Sie mit dem SoVD die Forderung nach einem Mindestlohn?*

Mindestlöhne sind keine Lösung, denn sie treffen gerade die Geringqualifizierten. Ein Arbeitgeber kann einem Angestellten nur so viel zahlen, wie dieser für das Unternehmen erwirtschaftet. Wer als Geringqualifizierter weniger als den Mindestlohn erwirtschaftet, wird deshalb zwangsläufig arbeitslos, weil seine Stelle unbezahlbar wird. Ein flächendeckender Mindestlohn würde also zu mehr Arbeitslosigkeit führen und gerade Geringqualifizierte in die Abhängigkeit von Hartz-IV treiben. Wir fordern Arbeit statt Almosen und Anerkennung statt AbSpeisung.

Die FDP setzt auf das liberale Bürgergeld, das die unzähligen Sozialleistungen in einem einfachen und fairen System zusammenfasst. Das Bürgergeld soll Arbeitslose motivieren, auch im Niedriglohnbereich in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Dort wachsen ihre Chancen, durch Berufserfahrung und Fleiß einen Aufstieg zu schaffen. Ein Arbeitsplatz ist schließlich das beste Mittel gegen Armut und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben. Anders als heute belohnt das Bürgergeld Leistungsbereitschaft und unterstützt Eigenverantwortung.

## **7. Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

*Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein vertrautes Thema, aber noch nicht zufrieden stellend gelöst. So betrifft diese Frage z.B. die Betreuung außerhalb der Betreuungszeiten bei Ganztagschulen. Das Angebot der Ganztagschulen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss eine entsprechende Betreuungslandschaft im Land Bremen für Eltern und allein Erziehende geschaffen werden.*

*Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Betreuung, innerhalb der Ferienzeiten, zu gewährleisten? Wie wollen Sie eine entsprechende Betreuungslandschaft für allein Erziehende und Erwerbstätige schaffen die der Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht wird?*

Der FDP Bremen liegt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr am Herzen. Deshalb setzen wir uns vehement für eine Verbesserung in diesem Bereich ein und haben dieses Thema zu einem Schwerpunkt in unserem Wahlkampf gemacht. In einem vor kurzem veröffentlichten Diskussionspapier zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hat die FDP in der Bremischen Bürgerschaft detailliert erörtert, welche Vorstellung wir in diesem Bereich haben und wie diese Vorstellungen in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Dazu gehört für uns zum ersten der schnelle Ausbau von u3-Plätzen in Bremen. Hier darf es zu keinen weiteren Verzögerungen kommen. Auch im Bereich der 3 bis 6-Jährigen müssen in einigen Stadtteilen dringend mehr Kapazitäten eingerichtet werden. Hinzu kommen die an einigen Standorten zu früh zurückgebauten Hortplätze. Es darf nicht sein, dass Kinder, die auf eine Betreuung am Nachmittag angewiesen sind, keinen Hortplatz bekommen, obwohl ihre Schule noch nicht zur Ganztagschule ausgebaut worden ist. Kinder, die auf einen

Betreuung im Anschluss an die Schule angewiesen sind, müssen diese Betreuung auch erhalten, ob in Hort oder Ganztagschule ist dann standortabhängig. Zudem fordern wir zusätzlich immer, dass Ganztagschulen, genauso wie Horte, eine Ferienbetreuung anbieten. Zum Zweiten fordern wir, dass bei all den Ausbauanstrengungen die Qualität in den Einrichtungen nicht nachlassen darf und immer weiter verbessert werden muss. Dazu gehört die Ausstattung der Einrichtungen genauso wie die qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung der Betreuerinnen und Betreuer.

Auch wissen die Liberalen um die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Betreuungszeiten. Ein so starres System, wie es im Moment in Bremen gang und gäbe ist, können wir uns nicht mehr leisten. Eltern sind, nicht nur aus Kostengründen, darauf angewiesen, ihre Kinder dann unterbringen zu können, wann sie dies für notwendig erachten, bzw. sie arbeiten müssen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, nicht nur im Einzelhandel, zwingt uns, auch in der Kinderbetreuung flexible zu agieren, damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur hohle Wahlkampfparolen bleiben.

## **8. Soziale Spaltung**

*Mit Sorge betrachtet der Sozialverband die zunehmende verstärkte soziale Spaltung unserer Gesellschaft.*

*Frage: Welche Gegenmaßnahmen planen Sie?*

Arbeitslosigkeit und schlechte Bildung sind Gründe für die sogenannte soziale Spaltung. Die FDP Bremen will dieser durch gezielte und sinnvolle Maßnahmen entgegenwirken. Dazu gehören eine für alle offen stehende Bildungsoffensive, Krippen-, Kindergarten- und Ganztagschulplätze (respektive Horte) für alle, die dies wünschen. Wir setzen uns für qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in allen Jahrgängen und hochwertige Inklusion ein. Durch eine kluge Wirtschaftspolitik und deutlichen Bürokratieabbau wird die FDP Bremen Unternehmen und Beschäftigung fördern. Mehr Arbeitsplätze bedeuten Aufstiegschancen, können Armut langfristig stoppen und Teilhabe ermöglichen.

## **9. Bauen und Wohnen**

*Gerade Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen sind auf eine preiswerte und qualitativ gute Wohnvorsorge angewiesen. Hierbei hat insbesondere der soziale Wohnungsbau in der Vergangenheit wertvolle Dienste geleistet.*

*Frage: Wie wollen Sie sich in Zukunft für einen barrierefreien Wohnungsbau und den unterschiedlichen Wohnformen sowie Betreutes Wohnen einsetzen? Werden sie die Umgestaltung von öffentlichen Gebäuden zur Barrierefreiheit auch in Zukunft vorantreiben? Was unternehmen sie im Hinblick auf den öffentlichen Personen Nahverkehr?*

Die FDP Bremen fordert und fördert den Bau und/oder Ausbau von barrierefreien Wohnungen und setzt sich für betreutes Wohnen ein. Auch in Zukunft werden wir für die Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden einsetzen, so wurde einzig auf Grund unserer Initiative erst vor kurzem die Barrierefreiheit im neuen Verwaltungsgebäude von Immobilien Bremen hergestellt. Auch im ÖPNV sehen wir die Relevanz der Barrierefreiheit. Umbaumaßnahmen, um auf Grund veralteter Bausubstanz fehlende Barrierefreiheit herzustellen, unterstützen wir auf allen Ebenen.

## 10. Haushalt

*Die Haushaltsmisere des Landes Bremen ist bekannt.*

*Frage: Welche Maßnahmen planen Sie zur Erreichung der Konsolidierung? Welche Maßnahmen sind auch auf der Einnahmenseite des Haushalts geplant?*

Die FDP setzt sich für eine Strategie zur Konsolidierung der bremischen Finanzen aus Sparanstrengungen, einer Verminderung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte durch Vermögensveräußerungen und einer Veränderung der Steuerverteilung auf Bundesebene sowie eine Altschuldenregelung ein.

Im Rahmen der Schuldenbremse müssen jedes Jahr 120 Millionen Euro weniger neue Schulden gemacht werden. Damit dies erreicht wird, muss ein nominales Nullwachstum der Haushalte angestrebt werden. In den kommenden Jahren darf kein Euro mehr ausgegeben werden als im regulären Haushalt 2011. Inflation und steigende Steuereinnahmen aufgrund von Wirtschaftswachstum werden so ein weiteres Auseinandergehen der Schuldenbremse bremsen. Das heißt, Tarif- und Kostensteigerungen, höhere Pensionslasten sowie steigende Zinslasten müssen im Rahmen der Haushalte aufgefangen werden. Das bedeutet, dass künftig deutlich weniger Geld zur Verfügung steht und ein strikter Sparkurs gefahren werden muss.

Für die dazu gehörigen Sparmaßnahmen hat die FDP in der Bremischen Bürgerschaft dutzende kleinere und größere Sparvorschläge vorgestellt. Als größter Ausgabenpunkt muss vor allem der Personalbereich analysiert werden. Die FDP schlägt hier eine deutliche Reduzierung des Personalbestandes, eine tiefgreifende Aufgabenkritik und Strukturreform, einen Personalbinnenmarkt und einen Notlagentarif für den öffentlichen Dienst vor. Schließlich sollte sich Bremen von Unternehmensbeteiligungen trennen, wenn deren Verkaufserlös die Zinszahlungen höher senkt, als die Beteiligung bisher an Ausschüttung abwirft.

Bei den derzeit prognostizierten konjunkturell bedingten Einnahmesteigerungen und bei - dank Sparanstrengungen und Veräußerungen - gleichbleibenden Ausgaben könnte bereits im Jahr 2016 ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Oliver Möllenstädt